EP-F-01-224-4

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in:	BAG Migration & Flucht
Beschlussdatum:	07.10.2018

Änderungsantrag zu EP-F-01

Von Zeile 223 bis 224 einfügen:
Jordanien, dem Libanon oder der Türkei, in festen Kontingenten in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten geordnet Schutz finden.

Ausbeutung von Migrant*innen und Geflüchteten verhindern

Zahlreiche Migrant*innen und Geflüchtete werden in der europäischen Landwirtschaft, der Gastronomie und dem Baugewerbe ausgebeutet. Große Supermarktketten – gerade auch aus Deutschland – verkaufen beispielsweise Obst und Gemüse, welches unter ausbeuterischen Bedingungen in Südeuropa angebaut wird. Arbeitsschutzbedingungen werden systematisch verletzt und Löhne weit unterhalb der gesetzlichen Bestimmungen gezahlt. Diese Form der modernen Sklaverei gehört beendet. Dazu müssen die Auszahlungen von EU-Agrarsubventionen an die Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Schutzbedingungen geknüpft werden und die EU-Kommission bei Verletzungen die Möglichkeit haben, Subventionen zu kürzen. Die EU-Richtlinie zu Sanktion gegen Arbeitnehmer*innen muss verschärft und konsequent angewendet werden. Es muss Beschwerdestellen geben, an die sich Menschen, die Opfer von Ausbeutung geworden sind, ggf. anonym wenden können. Opferschutz muss auch für Menschen gelten, die Ausbeutung anzeigen.

Begründung

Über die Medien wird immer wieder über die ausbeuterischen Bedingungen auf Obst- und Gemüseplantagen insbesondere in Spanien und Italien aufmerksam gemacht. Opfer dieser Ausbeutung sind häufig Migrant*innen und Geflüchtete. Diese Ausbeutung, an der auch deutsche Supermarktketten mitverdienen, muss ein Ende haben. Auf dem europäischen Binnenmarkt darf systematische Ausbeutung von Menschen nicht hingenommen werden. Dazu muss dieses Problem im Wahlprogramm offen angesprochen und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen werden. Die europäische Ebene spielt hier eine wichtige Rolle, indem etwa die Auszahlung von EU-Agrarsubventionen an die Einhaltung von Sozialstandards gebunden und von der EU-Kommission auch kontrolliert wird.